übung von Ärzten und Zahnärzten keine Regelungskompetenz im Bereich der Berufsordnungen zusteht. Hier wären die Landesgesetzgeber oder die Zahnärztekammern aufgerufen, die Heilberufsgesetze oder Berufsordnungen gegebenenfalls anzupassen.

Es bleibt spannend, ob das Gesetz vom Zeitablauf noch bis zum Sommer in zweiter und dritter Lesung endgültig beschlossen wird. In diesem Fall dürften Zahnärzte externe Dienstleister zu erleichterten Bedingungen in der Praxis einsetzen, sofern sie die Dienstleister gleichfalls zur Verschwiegenheit verpflichten.

RA Michael Lennartz

www.lennmed.de

Alles, was Recht ist

Grenzenloser Notdienst

Es gibt die seltsamsten Dinge im Zahnarztleben. So beispielsweise auch Kollegen, die liebend gern Bereitschaftsdienste für ihre Kollegen übernehmen. Gut so, könnte man sich denken, dann ist ja jedem gedient: denjenigen, die nicht so gern am Wochenende Notdienst schieben und jenen, die genau das wollen. Die Kassenzahnärztliche Vereinigung Niedersachsen (KZVN) sah das jedoch anders und untersagte einem Vertragszahnarzt, der regelmäßig seinen Kollegen die Vertretung im Bereitschaftsdienst angeboten hatte, weitere Notdienste zu übernehmen. Das Kontingent an Übernahmen sei bereits erreicht, teilte die KZV dem Zahnarzt mit. Dieser sah das nicht recht ein und zog vor das Landessozialgericht (LSG) Niedersachsen-Bremen – und bekam (im Eilverfahren) Recht. Nach Einschätzung des LSG fehlte der KZV die Rechtsgrundlage, um dem Zahnarzt die Vertretungstätigkeit zu verbieten. Ein Vertragszahnarzt, der für den Bereitschaftsdienst eingeteilt, aber verhindert ist, muss der KZV gegenüber nur die Vertretung benennen. Organisieren muss er seinen Vertreter selbst. Beantragen oder genehmigen müsse die KZV nichts, so das LSG, weshalb sie nach Auffassung der Richter auch keine Vertretung untersagen kann. Eine Obergrenze der Anzahl von Vertretungen gibt es bisher ebenfalls nicht. Einen Verstoß gegen berufs- oder vertragszahnärztliche Pflichten konnte das LSG jedenfalls nicht erkennen.

AZ. L 3 KA 18/17 B ER

sas

Grenzenlose Werbung

Wenn es in der Europäischen Union (EU) um den Binnenmarkt und den freien Verkehr von Waren und Dienstleistungen geht, gibt es keinen Spaß. Dem freien Austausch von Personen, Waren und Dienstleistungen muss sich so gut wie alles unterordnen. Vor allem nationales Recht. Dies kam nun einem Zahnarzt in Belgien zugute. Der Zahnmediziner warb großflächig für die Behandlungen, die er in seiner Praxis anbietet und schaltete Werbeanzeigen in lokalen Tageszeitungen. Ein zahnärztlicher Berufsverband in Belgien sah das allerdings ausgesprochen kritisch, denn nach belgischem Recht gilt ein ausnahmsloses Werbeverbot für Leistungen der Mund- und Zahnversorgung. Ein schlichtes Praxisschild muss reichen. Es wurden also Ermittlungen gegen den Zahnarzt eingeleitet, dieser allerdings wehrte sich mit dem Argument, dass die fraglichen belgischen Regelungen gegen das Unionsrecht und die vorgesehene Dienstleistungsfreiheit verstießen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) stellte nun jüngst fest: Ja, berufsrechtliche Regelungen können „kommerzielle Kommunikation“ wirk-

sam eingrenzen, allerdings dürften diese Regelungen „kein allgemeines und ausnahmsloses Verbot jeder Form von Online-Werbung zur Förderung der Tätigkeit eines Zahnarztes enthalten“. Ferner steht die Dienstleistungsfreiheit nationalen Rechtsvorschriften entgegen, die allgemein und ausnahmslos jegliche Werbung für Leistungen der Mund- und Zahnversorgung verbieten, lautet die Einschätzung der EuGH-Richter. Eine Beschränkung der Dienstleistungsfreiheit könne jedoch zum Schutz der Patienten gerechtfertigt sein; dies könne bei aggressiver oder irreführender Werbung der Fall sein.

Az. C-339/15

sas

Hier steht eine Anzeige.

Springer